

Bünder Generalanzeiger Bünder Zeitung

Erscheinung täglich, außer an Sonn- und Feiertagen.
Der Bezugspreis, im voraus zahlbar, beträgt monatlich
1,50 Reichsmark.

Rotationsdruck und Verlag: H. F. Bornbäumen, Bünde i. W.
Geschäftsstelle Steinmeisterstr. 11. Fernsprech-Anschluß Nr. 39
Verantwortlicher Schriftleiter: Ferd. Bornbäumen, Bünde i. W.

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe der 35 mm breiten Spalte 5
auswärts 8 Reichspfennige, Reklamen, 70 mm breit
25 Reichspfennige

Nummer 115

Donnerstag, den 18. Mai 1933

40. Jahrgang

Das deutsche Volk ist einig,

Wenn es sein Schicksal gilt!

Hitlers große Reichstags-Rede

Einmimmige Annahme des Regierungsantrags — auch die SPD stimmt dafür

Berlin, 17. Mai. Das Gebäude der Krolloper, in dem die heutige bedeutungsvolle Reichstags-Sitzung stattfindet, ist seit 14 Uhr im weiten Umkreis abgesperrt worden. Trotz des immer wieder einfallenden Regens hatten sich zahlreiche Neugierige eingefunden, die die Ansprache des Reichskanzlers, des Ministers, des diplomatischen Corps und anderer bekannter Persönlichkeiten beobachten wollten. Im Sitzungssaal tauchten bereits die ersten Abgeordneten auf. Wie sich aus den Fraktionsführungen ergeben hat, sind die Abgeordneten fast vollständig eingetroffen. Die Tribüne für das Publikum und für die Presse sind schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt. Im ersten Rang sind auch die Einrichtungen für die Rundfunkübertragung und für die Tonfilmaufnahme aufgebaut. Von der Stirnseite des Saales leuchten die Farben der nationalen Erhebung. Auf der Bühne nehmen zu Seiten der Plätze des Präsidiums, die Reichsminister, die Statthalter und die Ministerpräsidenten der Länder Platz. In der Diplomatengalerie ist das diplomatische Corps fast vollständig erschienen. Der Sitzungssaal füllt sich allmählich. Alles wartet gespannt auf das Erscheinen des Reichskanzlers.

Um 15 Uhr war der Sitzungssaal in der Krolloper voll besetzt. Lediglich in den Bänken der Sozialdemokraten zeigten sich einige Lücken. Reichstagspräsident Göring war schon einige Minuten vor 15 Uhr im Saale erschienen. Die nationalsozialistischen Abgeordneten trugen das Braunhemd. Die Tribünen waren sämtlich überfüllt. Als die ersten Diplomaten nahmen der französische Botschafter Francois und der bisherige englische Sr. Rembold in der Diplomatengalerie Platz. Hinter den Regierungsbänken sah man mehrere hohe Reichswehr und Polizeioffiziere.

Das Reichskabinett war vollständig erschienen. Neben den Ministern sah man Staatssekretäre, Reichsräte und in der Diplomatengalerie den Kronprinzen.

Um 15,15 Uhr ertönte das Zeichen zum Beginn der Sitzung. Reichskanzler Hitler in der SA-Uniform, gefolgt vom Reichsinnenminister Dr. Frick, schritt, während sämtliche Abgeordnete und die Tribünenbesucher sich von den Plätzen erhoben, zu seinem Platz auf der Regierungsbank.

Präsident Göring eröffnete sofort die 3. Sitzung des Reichstages mit folgender an die Abgeordneten gerichteter Erklärung: Sie sind in einer ersten Stunde zusammenberufen worden. Es gilt eine Schicksalsfrage unserer Nation. Wohl kaum jemals vorher war der Reichstag zu einer so ersten Frage, zu einer so ersten Stunde einberufen worden. Die deutsche Reichsregierung wünschte ihre Absichten und ihre Ziele in dieser schwierigen Frage dem ganzen deutschen Volke klar zu legen. Das Wort hat nunmehr unser Führer, des deutschen Volkes Kanzler.

Unter lautloser Stille begab sich dann Reichskanzler Hitler zum Rednerpult.

Reichskanzler Hitler spricht

Er führte aus:

Abgeordnete! Männer und Frauen des deutschen Reichstages! Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräsidenten Göring gebeten, den deutschen Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk, sondern die ganze Welt bewegen.

Die Ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedigung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt. Wenn ich dabei für die deutsche Regierung dem Wunsch Ausdruck gebe, ihre Behandlungen der Sphäre jeder Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es nicht zum geringsten in der uns alle beherrschenden Erkenntnis, daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst nur jener Leidenschaftlichkeit zu verdanken hat, die am Ende des Krieges Klarheit, Einsicht und Gerechtigkeit der Völker verdrängte. Denn alle jene, die Krisis verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidendsten Fragen für die Zukunft überlegen klar und vernünftig zu lösen, weder die nationalen, noch die wirtschaftlichen, oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen sind durch diesen Vertrag in keiner Weise gelöst worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten. Es ist daher verständlich, daß der Gedanke einer Revision nicht nur zu den dauernden Begleiterscheinungen und Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern daß eine Revision sogar von seinen Verfassern als notwendig vorgesehen wurde und daher im Vertrage selbst ihre rechtliche Verankerung fand. Wenn ich kurz auf die Probleme, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, eingehe, dann geschieht es deshalb, weil durch das Vergehen auf diesem Gebiete sich zwangsläufig die späteren Situationen ergeben haben, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker seitdem leiden. Die politisch-nationalen Probleme sind folgende: Durch viele Jahrhunderte entwickelten sich die europäischen Staaten und ihre Grenzbeziehungen auf Auffassungen, die nur ausschließlich eines staatlichen Denkens lagen. Mit dem siegreichen Durchbruch des Nationalitätenprinzips im Laufe

des vorigen Jahrhunderts, wurden infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideale durch die auf anderen Voraussetzungen entstandenen Staaten die Keime zu zahlreichen Konflikten gelegt.

Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip in höchstmöglichem Umfange gerecht wurde.

De klarer durch eine solche Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, umso mehr konnte dadurch eine große Reihe künftiger Konfliktmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick auf die Zukunft für Sieger und Besiegte vielleicht die Blutopfer des großen Krieges nicht ganz vergeblich hätte erscheinen lassen, weil durch sie der Welt die Grundlage für einen wirklichen dauernden Frieden gegeben worden wäre. Tatsächlich entschloß man sich aber, teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Unlogik und Unbilligkeit trugen. Folgendes waren die wirtschaftlichen Probleme, die dieser Konferenz zur Lösung vorlagen: Die gegenwärtig wirtschaftliche Situation Europas ist gekennzeichnet durch die Überfüllung des europäischen Westens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete, an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit alter Kultur den dort gewohnten Lebensstandard unentbehrlich sind.

Wollte man eine gewisse Befriedigung Europas für menschlich absehbare Zeit herbeiführen, das müßte man, statt den unfruchtbaren und gefährlichen Be-

griffe, Buße, Strafe, Wiedergutmachung usw. zu folgen, die tiefe Erkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß mangelnde Existenzmöglichkeit immer die Quelle von Völkerverflikten gewesen sind. (Stürmischer Beifall.)

Statt den Gedanken der Vernichtung zu probieren, müßte man überlegen, wie einer Neuordnung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vorgenommen werden könne, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker in höchst möglichem Umfang gerecht wurde. Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volke zu entziehen, ohne Rücksicht darauf, daß sie davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesem Gebiete weiterhin zu leben. (Erneute Zustimmung.) Die Meinung, durch die wirtschaftliche Vernichtung eines 65 Millionen Völkers würde anderen Völkern ein müßlicher Dienst erwiesen, ist eine unsinnige. Sehr bald würden die Völker, die so verfahren wollten, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volke bereiten wollten. Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann (Zustimmung). Tatsächlich konnten die Reparationen nur vom deutschen Export bezahlt werden. In gleichem Maße, wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den Einzelvolkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde. (Sehr richtig.) Der Versuch, eine solche Entwicklung dadurch abzuwenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exportes durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeglichen wurde, war wenig umfänglich, und im Ergebnis falsch. Denn die Umschuldung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsendienst, dessen Erfüllung zu demselben Ergebnis führen mußte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binneneuropäischen Lebens künstlich gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltabzählmärkten durch dauernde Preisunterbietungen führte zu einer Überfüllung der Rationalisierungsmaschinen in der Wirtschaft. Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Wollte man die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann müßte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenproduktion der also begünstigten Völker führen. Die Sachlieferungen in den in Frage kommenden Umfang sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktion der Völker auf das stärkste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Rechentun die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint. (Beifall.)

Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszu sehenden Folgen getreue selbstmörderisch erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist



Reichskanzler Adolf Hitler vor dem Deutschen Reichstag.
Eine Aufnahme des Kanzlers während seiner Rede vor den Reichstagsabgeordneten in der Kroll-Oper.

durch den Versailler Vertrag nicht minder ver-
nichtet worden. Denn, um die gesamten Maß-
nahmen dieses Indizes zu motivieren, mußte
Deutschland zum Schuldigen gestempelt wer-
den. Dies ist ein ebenso einfaches, wie aller-
dings unmögliches Verfahren.

In Zukunft wird also immer die Schuld
an Auseinandersetzungen der Besiegten tra-
gen, denn der Sieger hat ja immer die
Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu
treffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbaren
Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begrün-
dung gab, für die Umwandlung eines am Ende
dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses,
in eine dauernde Rechtsnorm: Die Begriffe
Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum
Fundament einer neuen internationalen Rechts-
und Gesellschaftsordnung gemacht.

Die Disqualifizierung eines großen Vol-
kes zu einer Nation zweiten Ranges und
weiterer Klasse wurde in einem Augen-
blick proklamiert, in dem ein Bund der
Nationen aus der Taufe gehoben werden
sollte. (Zustimmung.)

Diese Behandlung Deutschlands konnte in der
Folge nicht zu einer Befriedigung der Welt
führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung
und Verlosung der Besiegten, ein in der
Geschichte der europäischen Nationen unvorher-
gesehener Vorgang, war noch weniger geeignet, die all-
gemeinen Gefahren und Konflikte zu ver-
mindern, sondern führte nur in den Zustand
seiner ewigen Drohungen, Forderungen und
Sanktionen, die als fortdauernde Unruhe und
Unsicherheit zum Grade der gesamten Weltwirt-
schaft zu werden drohen. (Beifall.)

Wenn im Völkerbündnis jede Ueberlegung hin-
sichtlich des Risikos bei bestimmten Handlungen
ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über
die Vernunft siegen. Der Völkerbund hat zum
mindesten bisher gerade den Schwachen, Nicht-
gerüsteten bei solchen Anlässen keine merklie-
che Hilfe zukommen zu lassen vermocht. (Erneute
Zustimmung.) Verträge, die zur Befriedigung
des Lebens der Völker untereinander abgeschlos-
sen werden, haben nur dann einen inneren
Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aus-
reichenden Gleichberechtigung aller ausgehen.
Gerade darin liegt die Hauptursache, der seit
Jahren die Welt beherrenden Värung.

Das aber die heute vorliegenden Probleme
eine vernünftige und endgültige Lösung erwar-
ten, liegt im Interesse aller. Kein neuer euro-
päischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der
unbefriedigenden Zustände von heute, etwas
Besseres zu setzen. Im Gegenteil, weder poli-
tisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung
irgendwelcher Gewalt in Europa eine günsti-
gere Situation hervorrufen, als sie heute be-
steht.

Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer
neuen europäischen Gewaltlösung würde
als Endergebnis eine Verzerrung der
Stellung des europäischen Gleichgewichts
eintreten und damit so oder so der Keim
für spätere neue Gegensätze und neue
Verwicklungen gelegt werden. (Stürmi-
scher Beifall.)

Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und
eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein.
Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne
Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heu-
tigen Gesellschaft und Staatenordnung führen.
Ein im kommunistischen Chaos verfallendes
Europa würde eine Krise von unabsehbarer
Ausmaß und nicht abzuschätzender Dauer her-
aufbeschwören.

Es ist der tiefste Wunsch der nationalen
Regierung des deutschen Reiches, eine solche
unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrich-
tige und tätige Mitarbeit zu verhindern. Das
ist auch der innere Sinn der in Deutschland
vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte,
die unsere Revolution beherrschen, wider-
sprechen in keiner Weise den Interessen
der übrigen Welt: 1. Verhinderung des dro-
henden kommunistischen Umsturzes und Auf-
bau eines, die verschiedenen Interessen der
Klassen und Stände einigenden Volksstaates
und die Erhaltung des Begriffs Eigentums als
Grundlage unserer Kultur. 2. Lösung des
schwersten sozialen Problems durch die Zu-
rückführung der Millionenarmee unserer be-
bauernwerten Arbeitslosen in die Produk-
tion. 3. Wiederherstellung einer stabilen und
autoritären Staatsführung, getragen von dem
Vertrauen und Willen der Nation, die dieses
große Volk endlich wieder der Welt gegenüber
vertrauensfähig macht. (Lebhafte Beifall.)

Wenn ich in diesem Augenblick bewußt als
deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich
namens der nationalen Regierung und der
gesamten Nationalerhebung bekunden, daß ge-
rade uns in diesem jungen Deutschland das
tiefste Verständnis besetzt für die gleichen Ge-
fühle und Bestrebungen, sowie für die begrün-
deten Lebensansprüche der anderen Völker.
(Beifall.) Die Generation dieses jungen
Deutschlands, die in ihrem bisherigen Leben
nur Not, Elend und Jammer des eigenen
Volkes kennen lernte, hat zu sehr unter dem
Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen
könnte, das gleiche den anderen zuzufügen.
(Sehr richtig und Beifall.) Unser National-

sozialismus ist ein Prinzip, das uns als Welt-
anschauung grundsätzlich allgemein verpflich-
tet. (Bravos.) Indem wir in grenzen-
loser Liebe und Treue an unserem eigenen
Volkstum hängen, respektieren wir die natio-
nalen Rechte auch der anderen Völker aus
dieser selben Gesinnung heraus und möchten
aus tief innerstem Herzen mit ihnen in Frie-
den und Freundschaft leben. (Lebhafter Beifall.)

Wir kennen daher auch nicht den Be-
griff des Germanisierens, die geistige
Mentalität des vergangenen Jahr-
hunderts, aus der heraus man glaubte,
vielleicht aus Polen und Franzosen
Deutsche machen zu können, ist uns ge-
nau so fremd, wie wir uns leidenschaft-
lich gegen jeden umgekehrten Versuch
wenden.

(Stürmischer lang anhaltender Beifall.) Wir
sehen die europäischen Nationen um uns als
begehrte Lasten. Franzosen, Polen usw.
sind unsere Nachbarn und wir wissen, daß
kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese
Wirklichkeit ändern könnte.

Es wäre ein Glück für die Welt ge-
wesen, wenn im Vertrag von Versailles
diese Realitäten auch in Bezug auf
Deutschland gewürdigt worden wären.

(Erneuter stürmischer Beifall.) Denn es
mußte das Ziel eines wirklich dauerhaften
Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu rei-
ßen, oder vorhandene offen zu halten, son-
dern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine
überlegte Behandlung der europäischen Pro-
bleme hätte damals im Osten ohne weitere
eines Lösung finden können, die den verständ-
lichen Ansprüchen Polens genau so wie den
natürlichen Rechten Deutschlands entgegen-
gekommen wäre. (Zustimmung.) Der Ver-
trag von Versailles hat diese Lösung nicht ge-
funden. Dennoch wird keine deutsche Regie-
rung von sich aus den Bruch einer Verein-
barung durchführen, die nicht befestigt wer-
den kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu
werden.

Allein dieses Bekenntnis zum Rechtscharak-
ter eines solchen Vertrages kann nur ein all-
gemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den
Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte,
sondern auch der Besiegte. (Beifall.) Das
Recht aber, eine Revision zu fordern, liegt im
Vertrage selbst begründet. Die deutsche Re-
gierung wünscht dabei als Motto und Maß
für ihr Verlangen nichts anderes, als die vor-
liegenden Resultate der bisherigen Erfah-
rungen, sowie die unbestreitbaren Erkennt-
nisse der kritischen und logischen Vernunft.

Die Erfahrungen, die in den 14 Jahren ge-
macht worden sind, sind politisch und wirt-
schaftlich eindeutig. Das Elend der Völker
wurde nicht geboten, sondern es hat zuge-
nommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends
aber liegt in der Zerreißung der Welt in
Sieger und Besiegte, als die beabsichtigte
ewige Grundlage aller Verträge und jeder
kommenden Ordnung.

Die schlimmste Auswirkung findet diese Ord-
nung in der erzwungenen Wehrlosigkeit der
einen Nation gegenüber den überlegenen
Rüstungen der anderen. Wenn Deutschland
seit Jahren unentwegt die Abrüstung aller
fordert, so aus folgenden Gründen:

1. Ist die Forderung nach einer tatsächlichen
Gleichberechtigung eine Forderung der Mo-
ral, des Rechts und der Vernunft. Eine For-
derung, die im Friedensvertrage selbst aner-

kannt worden ist und deren Erfüllung unlos-
lich verbunden wurde mit der Forderung der
deutschen Abrüstung als Ausgangs-
punkt für die Weltabrüstung.

2. Weil umgekehrt die Disqualifizierung
eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig
aufrecht erhalten werden kann, sondern einmal
ihr Ende finden muß. Denn, wie lange glaubt
man ein solches Unrecht einer großen Nation
zuzufügen zu können? Was bedeutet der Vor-
teil eines Augenblicks gegenüber der dauern-
den Entwicklung der Jahrhunderte? Das
deutsche Volk wird bleiben, genau wie das
französische, und wie uns durch die geschicht-
liche Entwicklung gelehrt wurde, das polnische.
Was sind Erfolge einer vorübergehenden
Unterdrückung eines 65 Millionen-Volkes ge-
genüber der Gewalt dieser unumstößlichen
Tatsache. Kein Staat kann mehr Verständ-
nis für die neu entstandenen jungen europä-
ischen Nationalstaaten aufbringen, als das
Deutschland, der aus dem gleichen Willen ent-
standenen nationalen Revolution. (Lebhafte
Zustimmung.) Es will nicht für sich, was es
nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderung nach
einer tatsächlichen Gleichberechtigung im
Sinne der Abrüstung der anderen Nationen
erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht,
durch seine eigene Erfüllung der Verträge.
(Zustimmung.) Denn Deutschland hat abge-

Denkt an die „Stiftung für Opfer der Arbeit“

Einzahlungen an Reichscredit-Gesellschaft A.-G.
Berlin W. 8, Behrenstraße 21/22, sowie auf
deren Reichsbankkonten und deren Post-
scheckkonto Berlin 120 unter Angabe der Konto-
bezeichnung: „Stiftung für Opfer der Arbeit“

rüstet und Deutschland hat diese Abrüstung un-
ter schärfster internationaler Kontrolle voll-
zogen. Sechs Millionen Gewehre und Kara-
biner wurden ausgeliefert oder zerstört. Eine
Million Maschinengewehre, riesige Mengen
Maschinengewehrpatronen, 91 000 Geschütze, 33,75
Millionen Granaten und enorme weitere Waf-
fen und Munitionsbefände hat das deutsche
Volk zerstört oder ausliefern müssen. Das
Rheinland wurde entmilitarisiert, die deut-
schen Festungen wurden geschleift, unsere
Schiffe wurden ausgeliefert, die Flugzeuge
zerstört, unser Wehrsystem aufgegeben und die
Ausbildung von Reservisten dadurch verhindert.
Selbst die wichtigsten Waffen der Verteidigung
blieben uns verweigert.

Wer heute, so ruft der Kanzler, mit er-
höhter Stimme, versucht, gegenüber die-
sen nicht wegzuliegenden Tatsachen mit
wahrhaft armfertigen Ausreden und Aus-
süchlen auszuweichen (kürzliches Händ-
klatschen) und zu behaupten, Deutschland
hätte die Verträge nicht erfüllt, oder gar
aufgerüstet, dessen Anschauung muß ich von
dieser Stelle aus als ebenso unwahr wie
unfair zurückweisen. (Erneute Zusam-
mung.)

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, daß
Deutschland etwa personell den Verpflichtungen
des Vertrages nicht nachgekommen wäre. Die
Angabe, daß die SA und SS in irgendeiner
Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stünde,
daß es sich hier um militärisch ausgebildete Be-

stände oder Reserven der Armee handeln würde,
ist unwahr! (Beifall.)

Die unabweisbare Reichsfertigkeit, mit der
solche Behauptungen erhoben werden, mag man
nur aus einem Beispiel sehen: In vergange-
nem Jahre fand in Brünn der Prozeß gegen
Angehörige der Nationalsozialistischen Partei in
der Tschechoslowakei statt. Durch vereidigte
Sachverständige der tschechoslowakischen Armee
wurde damals die Behauptung aufgestellt, die
Angeklagten stünden in Beziehung zur national-
sozialistischen Partei, befänden sich in Abhän-
gigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines
Volksportvereins damit gleichzusetzen den Mit-
gliedern der SA und SS in Deutschland, die
eine von der Reichswehr ausgebildete und orga-
nisierte Reservearmee darstelle. (Hört, hört.)

In derselben Zeit befand aber die SA und SS
genau so wie die Nationalsozialistische Partei
überhaupt nicht nur keine Beziehung zur Reichs-
wehr, sondern sie wurde im Gegenteil als staats-
feindliche Organisation verfolgt, verboten und
endlich aufgelöst! (Hört, hört.) Ja darüber
hinaus: Mitglieder der nationalsozialistischen
Partei, Angehörige der SA und SS waren nicht
nur von allen staatlichen Ämtern ausge-
schlossen, sondern sie durften nicht einmal als
Arbeiter in Betriebsbetrieben aufgenommen wer-
den (Pfeife und sehr wahr). Die Natio-
nalsozialisten in der Tschechoslowakei aber wur-
den auf Grund dieser falschen Darstellung zu
langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. (Er-
neute Pfeife.)

Tatsächlich ist die SA und SS der Na-
tionalsozialistischen Partei ohne jede Bei-
hilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung
des Staates, des Reiches, oder gar der
Reichswehr, ohne jede militärische Ausbil-
dung und ohne jede militärische Aus-
rüstung entstanden, aus rein parteipoliti-
schen Bedürfnissen und nach parteipoliti-
schen Erwägungen.

Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Be-
seitigung der kommunistischen Gefahr, die Aus-
bildung ohne jede Anschauungen an das Heer,
nur berechnet für Zweck der Propaganda und
der Aufklärung, psychologische Massentötung
und Niederbrechung des kommunistischen Ter-
rors. Sie ist eine Institution der Anreizung
eines wahren Gemeinschaftsgeistes zur Ueber-
windung früherer Klassengegensätze und zur Be-
hebung der wirtschaftlichen Not.

Der Stahlhelm ist entstanden aus der Er-
innerung an die große Zeit des gemeinsamen
Frontenlebens zur Pflege der Tradition, zur
Erhaltung der Kameradschaft und endlich eben-
falls zum Schutze des deutschen Volkes gegen
die seit dem November 1918 das Volk bedro-
hende kommunistische Revolution. Eine Gefahr
allerdings, die die Länder nicht ermaßen können,
die nicht so wie wir Millionen organisierter
Kommunisten befehen haben und nicht, wie in
Deutschland unter dem Terror litten.

Denn der wirkliche Zweck dieser nationalen
Organisationen wird am besten gekennzeichnet
durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und
durch ihre Opfer. SA und SS hatten zufolge
kommunistischer Vorkünderfälle und Terrorakte
in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen
40 000 Verletzte zu beklagen.

Wenn heute in Genf versucht wird, diese
ausschließlich innenpolitischen Zwecke
dienenden Organisationen auf die Wehr-
kräfte anzurechnen, dann könnte man
genau so gut die Feuerwehr, die Turn-
vereine, die Bacht- und Schützengesellschaf-
ten und andere als Wehrmacht anrechnen.
(Starker Beifall.)

Wenn man aber weiter in gleichem Augenblick
die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Ar-
meen der Welt im Gegensatz zu diesen militä-
risch vollkommen unausgebildeten Menschen
nicht in Anrechnung bringt, wenn man die
bewaffneten Reserven der anderen bewußt über-
sieht, aber die unbewaffneten Angehörigen poli-
tischer Verbände bei uns zu zählen beginnt,
dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das
ich den schärfsten Protest einlegen muß.

Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und
Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu
geeignete Mittel. (Erneute Zustimmung.) Denn
folgendes habe ich namens des deutschen Volkes
und der deutschen Regierung zu erklären:
Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle ihm
im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen
weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder
Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt
100 000 Mann. Die Stärke und die Art der
Polizei sind international geregelt. Die in den
Tagen der Revolution aufgestellten Hilfspolizei
hat ausschließlich politischen Charakter. Sie
mußte in den kritischen Tagen des Umsturzes
den von dem neuen Regime zunächst als unsicher
betrachteten Teil der anderen Polizei ersetzen
und nach der siegreichen Durchführung der Re-
volution ist sie bereits im Abbau begriffen und
wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig
aufgelöst sein.

(Fortsetzung der Hitler-Rede auf der 1. Bel-
lagenseite)

Rote Arbeiterverräter am Pranger

Kemmel und Genossen öffentlich ins
Sammelager überführt.

Karlsruhe, 16. Mai. Am Dienstag
vormittag 11 Uhr wurde der ehemalige badische
Staatspräsident und Minister Dr. h. c. Adam
Kemmel, zuletzt Präsident der Deutschen
Konsum-Einkaufs-Genossenschaft in Hamburg,
vor wenigen Tagen von dort in Karlsruhe
auf Ersuchen der Regierung eingeliefert, ferner
der von Kemmel in das Innenministerium
als sein Sekretär eingesezte Regierungsrat
Stenz, der frühere badische Staatsrat und
Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Marum,
der Schriftleiter an dem sozialdemokratischen
Karlsruher „Volksfreund“, Grünebaum, Po-
liceikommissar a. D. Furrer, ferner die Führer
des Reichsbanners und der Eisernen Front
in Baden mit anderen der SPD angehörenden
Mitgliedern von dem im westlichen Stadteil
gelegenen Gefängnis durch eine Reihe von
Straßen im offenen Polizeiauto
nach dem Polizeipräsidium über-
führt, von wo sie dann nach der Straf-
anstalt Kislau, dem jetzigen Konzentrations-
lager, gebracht wurden.

Vor dem Gefängnis hatte sich eine riesige
Menschenmenge angesammelt, die die Verhaf-
teten bei ihrem Erscheinen mit Pfeifen, Pfei-

und Niederrufen empfingen. Vor dem ersten
Polizeikraftwagen, auf dem die Verhafteten
unter starker Bedeckung entblößten Hauptes
sahen, schritt eine zweireihige SS-Kolonnen
untergeordnet zur Freimachung der Straße.
Hinter dem ersten Polizeiwagen folgte ein
zweiter mit SA. befestigt. Außerdem war der
Zug zu beiden Seiten und am Schluß von
SA- Leuten begleitet.

Die Polizeiwagen fuhren ganz langsam im
Schritt durch eine dichte, oft acht Glieder tiefe
Menschenmauer. Ununterbrochen auf dem
ganzen Weg ertönten Pfeif- und „Arbeiter-
verräter“-Rufe. Auch wurde überall das
Müller-Lied gesungen als Anspielung
auf Kemmel, der früher Hülbertsricht war
und seinerzeit in Baden das Singen des Mü-
ller-Liedes bei Strafe verboten hatte. Der Zug
ging u. a. am Landtagsgebäude und am
Staatsministerium sowie am ehemaligen Ge-
werkschaftshause vorbei wo jedesmal kurz Halt
gemacht wurde. Auch spielten unterwegs Ka-
pellen das Müller-Lied. Der Andrang der
Bewölgerung war so stark, daß der gesamte
Straßenbahn- und Autoverkehr vollkommen
lahmgelegt war. Unterwegs wurden verschie-
dene Rotfront-Karrier sofort auf der Stelle ver-
haftet und auf dem zweiten Polizeiwagen mit-
transportiert.

Wenn man aber weiter in gleichem Augenblick
die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Ar-
meen der Welt im Gegensatz zu diesen militä-
risch vollkommen unausgebildeten Menschen
nicht in Anrechnung bringt, wenn man die
bewaffneten Reserven der anderen bewußt über-
sieht, aber die unbewaffneten Angehörigen poli-
tischer Verbände bei uns zu zählen beginnt,
dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das
ich den schärfsten Protest einlegen muß.

(Fortsetzung der Hitler-Rede auf der 1. Bel-
lagenseite)

Bünde und Umgegend

Bünde, den 18. Mai 1933

Nachprüfungen der Kreiszusammenlegungen.

Der Berliner „Angriff“ teilt mit: Die feinerzeit vielfach schematisch ohne Berücksichtigung der örtlichen Wünsche vorgenommene Zusammenlegung von Landkreisen usw. hat die Beteiligten erneut zu Vorstellungen beim Verband der Preussischen Landgemeinden veranlaßt. Dieser hat darauf die Fraktion des Preussischen Landtags und den Herrn preussischen Minister des Innern um eine Nachprüfung gebeten. Inzwischen hat die Fraktion der NSDAP mitgeteilt, daß sie bereit ist, in Fällen, in denen sich besondere Härten ergeben haben, für eine Wiederumsetzung einzutreten, sofern dies ohne besonderen Kostenaufwand möglich ist.

Feldmäusebekämpfung.

Auf die verschiedenen Zeitungsmeldungen der letzten Zeit hin, teilt die Oldenburgische Hauptstelle für Pflanzenschutz durch die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mit, daß seitens der zuständigen Stelle rechtzeitig alle Maßnahmen ergriffen sind, um eine Wiederholung der Feldmauspilge von 1930 vorzubeugen. Um die Bekämpfung der Mäuse erleichtern und wesentlich verbilligen zu können, werden überall einheitliche Zellofener mit Hilfe von Vegetanten ausgelegt. In mehreren Gemeinden der Wesermündung wurde auch schon der Feldmausdampf zur Bekämpfung herangezogen. Und so gehen heute schon zahlreiche Mitteilungen über erzielte Erfolge ein. Besonders wird dabei darauf hingewiesen, daß das Zellofengas von sehr guter Wirkung ist und — was eben sehr wesentlich ist — von den Feldmäusen gerne gegessen wird. So darf die Hoffnung gehegt werden, daß trotz aller der in diesem Jahr die Mäusevermehrung wieder so begünstigenden Umstände diese eingedämmt werden kann. Voraussetzung hierzu ist allerdings, daß die Bekämpfungsbemühungen zügig fortgeführt werden.

* — (Bünder Konsum-Verein gleichgeschaltet.) Auch der Bünder Konsumverein ist gleichgeschaltet. Als Kommissare wurden Gauinspektor Altmeyer und Ortsgruppenführer Hiltgruber eingesetzt.

* — (Turnverein Westfalia) teilt mit, daß die Abfahrt zur Turnfahrt schon um 5,45 Uhr beginnt. Anzeiger folgt.

* — (Himmelfahrtswanderung des Bünder Turnvereins.) Auf, du junger Wandersmann! — Jetzt kommt die Zeit heran; die Wanderzeit. — Die gibt uns Freude, wachen uns auf Fahrt begeben. — Das ist unser schönstes Leben. — So beginnt ein altes fränkisches Volkslied. Aber nicht nur im Frankenlande ist es schon zum Wandern, sondern auch zwischen Wiehengebirge und Teutoburger Wald. Wunderbar schöne Wanderwege haben die rührigen Gebirgsvereine angelegt und durch vorbildlich gemacht. Herrliche Aussichtspunkte, die eine Fernsicht über unser liebliches Siedelland bieten, finden sich besonders auf der Strecke, die der Bünder Turnverein in diesem Jahre am Sonntag, den 21. Mai, durchschreiten wird. Mit dem ersten Zuge 5,48 Uhr geht es über Löhne nach Blotha. Von hier über den Winterberg nach Bad Soden (Kasselerpark). Über Bonstapel, Hollenstein, Bismarckdamm nach Bad Salzungen. Von hier um 18,26 Uhr Abfahrt nach Bünde. Hoffentlich nehmen recht viele Turner und Turnfreundinnen an dieser schönen Wanderung teil. „Gut Geil!“

Aus Hamborger Zeiten

* Bad Deynhansen, 16. Mai. (Muschelhandlung für eigenartige NSD-Mitglieder.) Walter Schumann, der Leiter der NSD, hat folgende Anordnung erlassen: „In den letzten Tagen haben verschiedene Belegschaften eigenmächtige Eingriffe in die Betriebsführungen unternommen, die teilweise zur Stilllegung der betroffenen Betriebe führten. Dieses unverantwortliche Vorgehen ist geeignet, schwerste Erschütterungen herbeizuführen. Ich verbiete hiermit allen NSD-Mitgliedern aufs strengste, sich an diesen Aktionen zu beteiligen. Ich fordere von allen NSD-Mitgliedern in jedem Betriebe, derartige Versuche im Keime zu ersticken. Ich erwarte von der Disziplin und Einsicht aller bewährten Parteimitglieder der NSD, daß sie verstandene marxistische Sabotageversuche an der nationalsozialistischen Aufbauarbeit klar erkennen. Ich erkläre, daß jeder Parteigenosse und jedes NSD-Mitglied, das sich nicht dieser Anordnung fügt, rücksichtslos aus der NSD und der Partei entfernt wird.“

* Bielefeld, 17. Mai. (Die Sparkasse des Konsumvereins besetzt.) Gestern Abend gegen Geschäftsschluß wurde die Sparkasse des Konsumvereins im Hauptgebäude Waldemarstraße, durch die NSD mit Hilfe einer SA-Abteilung besetzt. Mit der Kontrolle der Geschäfte wurde der Pg. Schmitt eingesetzt. In der letzten Zeit sollen nach und nach kleinere Beträge an Privatleute und an andere Stellen überwiesen worden sein, um die Gelder dem Zugriff durch die NSD zu entziehen.

Stimmen aus dem Ausland

über Hitlers Rede

Washington, 17. Mai. Präsident Roosevelt hörte die Rede des Reichskanzlers Hitler im Rundfunk zusammen mit dem Unterstaatssekretär Mollath und dem Generalpostmeister sowie zwei Sekretären an. Roosevelt gab denjenigen, die schlecht deutsch verstanden, kurze Erklärungen schwieriger Stellen. Die amerikanischen Regierungsmitglieder waren durch die ungewohnte Mischung Hitlers angenehm überrascht und glaubten, daß die Rede dazu angetan ist, Roosevelts Vier-Punkte-Programm zur baldigen allgemeinen Annahme zu verhelfen. In Washingtoner politischen Kreisen stand man allgemein vollkommen unter dem Eindruck der Hitler-Rede, die das Tagesgespräch bildete. Englische Uebersetzungen wurden so schnell wie möglich an Roosevelt, Hull, die übrigen Mitglieder des Staatsdepartements und die amerikanischen Vertreter für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz ausgereicht. Allgemein fiel auf, daß die deutschen Ansichten unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Rede des Reichskanzlers um 1 und mehr Punkte stiegen.

Die New Yorker Presse bringt die Hitler-Rede in großer Aufmachung mit Überschriften wie: „Hitler stimmt Roosevelt zu“, „Hitler sagt Abrüstung zu“, „Hitler verurteilt den Krieg“. Kommentare stehen vorläufig noch aus. Gegenüber der Hitler-Rede nehmen jetzt die Äußerungen des Auslandes zur Person Roosevelts in der Presse den zweiten Platz ein.

Beruhigung in England.

London, 17. Mai. Ganz England hat mit ungeheurer Spannung die Rede Hitlers erwartet, die in den Zeitungen groß angekündigt war. Tausende von Rundfunkhörern haben — soweit sie der deutschen Sprache mächtig waren — die Rede des Reichskanzlers angehört. Soviel sich nach den ersten flüchtigen Eindrücken sagen läßt, hat der sachliche Ton auf die Zuhörer einen starken Eindruck gemacht. Die Presse spricht von der sensationellen Rede Hitlers und bringt besonders den Teil der Rede gut heraus, in dem Hitler den klaren Friedenswillen Deutschlands unterstreicht, was schon viel zur Beruhigung der Gemüter beigetragen hat, die in den letzten Tagen fest glaubten, daß Deutschland den Krieg wolle.

Der „Evening Standard“ legt besonderen Wert auf das Angebot Hitlers, den anderen Mächten eine Zeitdauer von fünf Jahren für die Durchführung ihrer Abrüstung zur Verfügung zu stellen. Selbst der dem neuen Deutschland durch seine feindlich gestimmte liberale „Star“ muß erklären, daß Hitlers Rede friedensfördernd ist. Die liberale Presse hat aber die Meinung, Hitler wolle seiner Drohung, möglicherweise die Abrüstungskonferenz und auch den Völkerbund zu verlassen, anzugreifen.

In amtlichen englischen Kreisen lag bei Bürochluß die Rede noch nicht in vollem Wortlaut vor. Man war deshalb noch nicht in der Lage, sich irgendwie zu äußern.

Entspannung in Paris.

Paris, 17. Mai. In Pariser politischen Kreisen wird die Reichstagsrede des Reichskanzlers als Tagesereignis besprochen. Allgemein hört man anerkennende Äußerungen über die geschickte Fassung und die Erklärung als politische Leistung. In französischen Kreisen wird ferner zugegeben, daß Hitler mit Wahrung selbst über den Versailles Vertrag und 20 Jahre alte Schneidergeselle Heinrich Bäumer aus Bitterfeld zu verantworten. Der Angeklagte wurde des Diebstahls in drei Fällen bezichtigt. Er wohnte im November des vergangenen Jahres bei einer Familie in Borsdorf, der er das Sparfassenbuch entwendete, 100 Mark unter Vorlegung eines sich angeeigneten Ausweises bei der Sparkasse abholte und dann das Buch im Pferdestall versteckte, wo es später gefunden wurde. Bei einer Familie in Münster stahl der Angeklagte einen goldenen Damenring und ein goldenes Zehn-Markstück. In Bitterfeld, wo er ebenfalls kurze Zeit bei einer Familie arbeitete, entwendete er eine Armbanduhr im Werte von 30 Mark. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

* Bielefeld, 17. Mai. (Gerüchteverbreiter in Schutzhaft genommen.) Der Inhaber eines Friseurgeschäfts, Rothschild, wurde in Schutzhaft genommen, da er falsche Gerüchte über französische Besetzung verbreitet hatte.

* Bielefeld, 17. Mai. (Schred legt sein Mandat im Staatsrat nieder.) Im preussischen Staatsrat hat das sozialdemokratische Fraktionsmitglied Schred-Bielefeld, der dem Staatsrat als ordentliches Mitglied angehört, sein Mandat niedergelegt.

* Münster, 17. Mai. (Das Sparfassenbuch im Pferdestall.) Vor dem münsterschen Schöffengericht hatte sich heute der

über das Abrüstungsproblem gesprochen hat. Im übrigen wartet man mit Spannung auf den Widerhall, den die Erklärung des Reichskanzlers in England und Amerika hervorgerufen hat, rechnet aber schon jetzt mit einer günstigen Aufnahme, so daß zusammenfassend gesagt werden kann, daß in Paris der Eindruck einer Entspannung vorliegt. Nur die Sozialisten bleiben natürlich bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung Deutschlands.

Der Eindruck in Genf.

Genf, 17. Mai. Noch nie hat ein deutsches Ereignis das allgemeine Interesse so beherrscht, wie die große Kanzler-Rede. Die Erklärung vor dem Reichstag ist von der gesamten Abrüstungskonferenz und allen Abordnungen am Konferenzort gehört worden. Im Carlton-Hotel war die deutsche Abordnung mit dem stellvertretenden Delegationsführer, Staatssekretär von Rheinbaben, und dem deutschen Gesandten beim Völkerbund, von Keller, zahlreichen deutschen Beamten des Völkerbundsekretariats und den Vertretern der deutschen Presse vor dem Konferenzsaal versammelt. In den Wandelhallen des Völkerbundes wurden die deutschen Vertreter unmittelbar nach Abschluß der Rede schon ungeduldig von den ausländischen Delegierten und der gesamten internationalen Presse erwartet, um Einzelheiten aus der Rede zu hören.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Geneser, hat die ursprünglich auf Donnerstag festgesetzte Sitzung des Hauptausschusses auf Freitag nachmittags verschoben. Die Verschiebung wird in unterrichteten Kreisen auf den Wunsch der Großmächte zurückgeführt, die Rede des Reichskanzlers auf das praktische Abrüstungsprogramm Deutschlands prüfen zu können. Die Stellungnahme der Reichsregierung in der Abrüstungsfrage wird nunmehr den entscheidenden Ausgangspunkt der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz bilden. Die französische Regierung wird jedenfalls durch die Erklärung des Reichskanzlers gezwungen, endlich zu erklären, ob Frankreich überhaupt gewillt ist, irgendwelche praktischen Abrüstungsmaßnahmen auf sich zu nehmen. Das Schicksal der Konferenz wird damit in Zukunft allein von Frankreich abhängig sein, das jetzt die alleinige und volle Verantwortung für einen positiven Ausgang der Konferenz übernimmt.

Wachstum unter dem Eindruck der Kanzlerrede.

Warschau, 17. Mai. Die Rede des Reichskanzlers Hitlers hat hier, soweit in politischen Kreisen feststellen möglich war, großen Eindruck hervorgerufen und wie von magischer Seite verurteilt wird, auch eine positive Einstellung ausgelöst. Besonders sympathisch werden die Erklärungen des Reichskanzlers über die Bereitschaft zum Frieden und hinsichtlich der Achtung fremder nationaler Eigenarten empfunden. Allerdings meidet sich auch gleich der hier zu Lande reichlich genährte Skeptizismus und so wird auch die Erwartung zum Ausdruck gebracht, „diesen Worten möge auch die Tat folgen“. Besonders starken Eindruck hat die Erklärung des Reichskanzlers über die Möglichkeit eines Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund gemacht. Man faßt diese Erklärung als höchst bedeutsame Drohung auf, wenn sie Wirklichkeit werden sollte, unabsehbare Folgen nach sich ziehen müßte.

Das preussische Ermächtigungsgesetz beim Landtag eingegangen

Berlin, 17. Mai. Im preussischen Landtag ist am Mittwoch nachmittag als Antrag (K. 10. 10. 10.) und Dr. von Winterfeld (DRP) das preussische Ermächtigungsgesetz eingegangen. Es hat folgenden Wortlaut:

„Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Land und Volk.“

§ 1.

Die vom Staatsministerium auf Grund des § 1 des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 beschlossenen Gesetze können auch zu anderen als den im § 2 desselben Gesetzes bezeichneten Zwecken von der Versammlung abweichend. Neben der Einrichtung des Landtages darf die des Staatsrates als folgend durch diese Gesetzgebung nicht berührt werden.

§ 2.

Die Artikel 6, 22, Abs. 1, Absatz 1 und 2, 30, 40 Abs. 2 bis 4, 42 und 60 bis 62 der Verfassung finden auf die vom Staatsministerium beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf der laufenden Wahlperiode des Landtages, spätestens mit dem 1. April 1937, außer Kraft.

Nach die Gleichschaltung der Konsumvereine durchgeführt

Berlin, 17. Mai. Die Geschäftsführer des Reichverbandes deutscher Konsumvereine Rötum und der Großhandels- und Großvertriebsvereine m. b. H. Hamburg haben sich, wie die NSK meldet, in entsprechenden Erklärungen unwiderruflich und unbedingt der Befehls- und Verfügungs Gewalt des Führers der deutschen Arbeitsfront Dr. Robert Ley und des von diesem als Bevollmächtigten für die Konsumgenossenschaften ernannten Banddirektor Karl Müller unterworfen.

Im Anschluß an diese Erklärungen hat Dr. Ley eine Anordnung erlassen, in der es u. a. heißt: Wie bereits Pg. Banddirektor Müller in meinem Auftrag angekündigt hat, hat die deutsche Arbeitsfront heute die Führung über die Konsumvereine übernommen. Die vertretungsberechtigten Geschäftsführer der Groß- und Einzelhandelsvereine deutscher Konsumvereine m. b. H. Hamburg und des Reichverbandes deutscher Konsumvereine Rötum haben sich bedingungslos und vorbehaltlos unterstellt. Der Leiter der Wirtschaftsunternehmungen der deutschen Arbeitsfront, Pg. Banddirektor Müller, übernimmt auch die Leitung der Konsumvereine.

Arbeitsbeschaffung durch Krupp

Essen, 16. Mai. Die Friedrich Krupp AG hat sich zur Vergebung größerer Aufträge entschlossen, um die Bestrebungen der Reichsregierung, die auf eine Belebung der Wirtschaft gerichtet sind, zu fördern. Nachdem Krupp bereits bis Ende Dezember für 2,5 Millionen Reichsmark Aufträge für betriebliche Verbesserungen, Maschinenbestellungen und Umbauten erteilt hatte, sind nunmehr weitere Bestellungen in Höhe von insgesamt 3,1 Millionen Reichsmark genehmigt und zum Teil herausgegeben worden. Von diesen Aufwendungen entfällt der größte Teil auf die Gussstahlfabrik in Essen und auf die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen. Weiter sind daran beteiligt die Werke Hannover, Hannibal, Konstantin der Große und Enschel-Tippe, die Erzbergwerke und das Gruson-Werk in Magdeburg. Für die Kruppischen Krankenanstalten ist ferner die Einrichtung einer neuzeitlichen Bestrahlungsanlage bewilligt worden. Vorbereitet und in Aussicht genommen sind weitere Aufträge für die Friedrich-Alfred-Hütte, Konstantin der Große und für die Gussstahlfabrik in nicht unbeträchtlicher Höhe. Der Einkauf der Firma bei fremden Lieferanten ist gegenüber dem Stande vom Oktober auf mehr als das Zweifache gestiegen.

Die New Yorker Presse stellt tiefe Enttäuschung in Paris fest

New York, 17. Mai. In den Redaktionsberichten sämtlicher New Yorker Blätter einschließlich der französischen „New York Herald Tribune“ wird festgestellt, daß alle europäischen Nationen den Aufruf Roosevelts sympathisch begrüßten, außer der französischen Regierung, die tief enttäuscht sei, weil sie das französische Publikum auf eine aggressive Intervention Roosevelts gegen Deutschland vorbereitet hatte.

Zwischenlandung des „Graf Zeppelin“ in Sevilla.

Friedrichshaven, 17. Mai. Beim Luftschiffbau lief folgender Funkpruch von Bord des „Graf Zeppelin“ ein: „23 Uhr glatt in Sevilla gelandet und wieder weitergefahren. Graf Zeppelin.“

Kunstliche Lügen über angebliche Mißhandlungen von Gewerkschaftsführern

Berlin, 17. Mai. Im Hauslande tauchen neuerdings wieder Gerüchte auf, die von „Mißhandlungen, Folterungen“ und andern im Zusammenhang mit der Aktion gegen die marxistischen Gewerkschaften berichten. So schreibt z. B. der „Sozialdemokrat“ Riga von angeblichen Mißhandlungen der verhafteten marxistischen Gewerkschaftsfunktionäre. Leipart und Graßmann seien von der Polizei übergeben worden, nachdem sie in einem Keller gefoltert worden seien und „Stoßtrupp“ ihre sadistischen Triebe befriedigt hätten.

Gierzu teilt der amtliche Preussische Pressedienst mit, daß diese Meldungen frei erfunden sind. Leipart und Graßmann wurden mit Rücksicht auf ihr Alter und ihre Leiden sofort nach ihrer Verhaftung in das Staatskrankenhaus überführt und dort untergebracht. Die ärztliche Untersuchung stellte bei Peter Graßmann, der am 18. 7. 1873 geboren ist, ein Herzleiden, sowie Gelenksrheumatismus am linken Kniegelenk und bei Theodor Leipart, geb. am 17. 5. 1867, einen Herzfehler und damit im Zusammenhang stehende Leiden fest. Mißhandlungen sind bei der Aktion gegen die marxistischen Gewerkschaften in keinem Falle vorgekommen.

Das Wahlrecht zu den Landwirtschaftskammern

Die Vorschriften, die das Wahlrecht zu den Landwirtschaftskammern (Bauernkammern) davon abhängig machen, daß über das Grundstück des Landwirts das Zwangsverwaltungsverfahren oder das Zwangsversteigerungsverfahren nicht eröffnet ist, wirken bei der jetzigen landwirtschaftlichen Krise, in der die allgemeine Notlage eine große Zahl von Zwangsverwaltungs- und Zwangsversteigerungsverfahren herbeiführt hat, als besondere Härte.

Ein auf Antrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft erlassenes Gesetz bestimmt daher, daß das Wahlrecht zur öffentlichen-rechtlichen landwirtschaftlichen Vertretung dadurch nicht ausgeschlossen wird, daß ein sonst wahlberechtigter Landwirt mit Kammerbeiträgen im Rückstand ist oder daß über sein Grundstück das Zwangsverwaltungsverfahren oder das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet ist. Die Geltungsdauer der Bestimmungen ist bis Ende 1934 befristet.

„Ehrenregende Verhaftung eines deutschen Vorkämpfers in Böhmen.“

Neurode (Grafschaft Glatz), 17. Mai. Von der politischen Polizei der Tschchoslowakei wurde der um das Deutschtum des Brauner Ländchens hochverdiente Schriftleiter des „Deutschen Boten“, Hubert Birke in Braunau, verhaftet. Nachdem seine Wohnung und das Redaktionsbüro nach belastendem Material durchsucht worden waren, wurde der unerschrockene Verfechter des Deutschtums gefesselt von sechs Gendarmen zum Bahnhof gebracht, um mit mehreren anderen Sudetendeutschen in das Gerichtsgefängnis in Königgrätz eingeliefert zu werden. Die Freunde Birkes wurden von Gendarmerie mit aufgepflanztem Seitengewehr auseinandergetrieben.

Die Arbeitsgemeinschaft der Jäger- und Landwirte im Stadt- u. Landkreis Herford lädt ihre Mitglieder, Jäger und Jagdfreunde zu der am

Sonnabend, den 20. Mai 1933
nachmittags 4 Uhr
im Restaurant Loose bei Bad Salzuflen
stattfindenden

Verammlung

Der Vorstand.

Hundekuchen

m. d. rauhen Oberfläche



Backmischfutter

Hundekuchen, den er nicht so gerne nahm, in Zeiten, in denen er jählich mehr in Anspruch genommen war, stark abfiel und absolut nicht zu verstärkter Futteraufnahme zu bewegen war, nimmt er heute jede angebotene Menge Nagut, ist stets in bester Form und sieht im Haar ausgezeichnet aus. Der Nagut Hundekuchen hat mir jegliche Sorge um die sachgemäße Ernährung meines treuen Jagdgenossen genommen.

Nagut Kraftfutterwerke G. m. b. H., Sage i. L.

Zu haben bei:
Nagut-Niederlage Max Hitzemann, Bünde am Bahnhof, Paul Meyer, Bahnhofsdrogerie, H. Oberländer, Drogerie, Th. Rischhof - Böhmer Bünde i. W.

Letzte Nachrichten Die Sowjet-Presse über die Hitler-Rede

Moskau, 18. Mai. Die gesamte sowjetrussische Presse veröffentlicht heute ausführlich die außenpolitische Rede des Reichskanzlers Hitler. In russischen politischen Kreisen wird die Rede als ein großes politisches Ereignis bewertet. Sie habe klar gezeigt, daß Deutschland unter keinen Umständen auf den Grundgedanken der Gleichberechtigung verzichte. Deutschland habe durch die Friedensverträge des Reichstanzlers bewiesen, daß es nicht rüsten wolle. Es verlangt aber die Abrüstung der übrigen Länder, damit der Gefahr eines Angriffs gegen Deutschland begegnet werde. Die Rede des Reichskanzlers werde in den kommenden politischen Verhandlungen über die Abrüstungsfrage eine große Rolle spielen, weil sie die Grundlage für eine Verständigung zwischen Deutschland und den anderen Mächten

darstelle. Der einmütige Reichstag sei eine gewaltige Kundgebung gegen die Vertreter des Versailler Systems gewesen.

Mord und Selbstmord

Familientragödie in München.

München, 18. Mai. In München hat sich eine aufsehenerregende Familientragödie ereignet. In ihrer Wohnung wurden der 48jährige Krankenhauswärter Alfred Rehm und seine Frau tot aufgefunden. Die polizeilichen Erhebungen ergaben, daß Rehm seiner Frau durch Stiche in den Hals getötet und dann durch Versenken des Gashahns Selbstmord verübt hat. Als Ursache der Tat werden eheliche Zwistigkeiten angenommen.

NSDAP und Reichsbahn

Ein Führerstab für Reichsbahnfragen

Berlin, 17. Mai. Der Leiter des Verbindungsstabes der NSDAP teilt mit: Der Leiter des Verbindungsstabes der NSDAP hat zur Mitarbeit und zur Klärung der Reichsbahnfragen und insbesondere von Vorwürfen, die in der Öffentlichkeit erhoben worden sind, einen Führerstab bestimmt, der sich aus Vertrauensleuten der NSDAP zusammensetzt und die Aufgabe hat, im Zusammenwirken mit dem

Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft die erhobenen Vorwürfe zu klären.

Bis zur Klärung der Angelegenheit ist es den Untergliederungen der NSDAP einschließlich der Reichsbahnfachschaften untersagt, die Reichsbahn betreffende Versammlungen abzuhalten oder weiterhin Flugschriften gegen die Reichsbahn zu verbreiten.

Protest im Effektivauschuß

Genf, 17. Mai. Die Vertreter Deutschlands, Italiens und Ungarns gaben im Effektivauschuß der Abrüstungskonferenz heute eine übereinstimmende scharfe Erklärung ab, die sich gegen die bisher angewandte unverantwortliche Beweisführung bei der Behandlung der Wehrverbände der einzelnen Länder richtet. Die drei Vertreter wiesen darauf hin, daß der militärische Charakter der Wehrverbände einiger Länder mit unkontrollierbarem Material des Spionagedienstes, mit Zeitungsartikeln und anderen unverantwortlichen

Äußerungen begründet worden sei und daß der Effektivauschuß seine offiziellen Beschlüsse auf ein derartiges amtlich niemals anerkanntes Material aufgebaut habe. Aus diesen Gründen müßten die Beschlüsse des Effektivauschusses als völlig unhaltbar und gegenstandslos angesehen werden.

Der Effektivauschuß hat die russische GBl als eine militärische Organisation erklärt und mit 58 000 Mann bei der künftigen Festlegung der sowjetrussischen Effektivstärke in Anrechnung gebracht.

Geschenke an Hindenburg und Hitler mit „Graf Zeppelin“

Stuttgart, 17. Mai. Wie Kapitän von Schiller dem Vertreter der Ill mitteilte, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ vom Gouverneur von Pernambuco als Geschenk für den Reichspräsidenten von Hindenburg, Reichskanzler Hitler und Reichsminister Götters je einen großen Korb mit brasilianischen Früchten mitgebracht. Diese Geschenke werden am Donnerstag früh mittels Sonderflugzeug der Deutschen Luftflotte nach Berlin befördert.

Wetterbericht

Die Wetterlage hat sich nur wenig verändert. Das russisch-polnische Tief hat sich etwas wei-

ter nordwärts verlagert, ein flacher Rest davon ist über der Danziger Bucht liegen geblieben. In seiner Umgebung sind die Temperaturen noch nicht ganz ausgeglichen, so daß über der Ostsee Regenzeitung fortbesteht und von dort kräftigere Bewölkung bis nach unserem Bezirk vorgeschoben wird. Daher kann sich die über der Nordsee bis zu dem Alpenfuß erstreckende Hochdruckbrücke noch nicht recht auswirken und die Windscheide zieht sich am Rhein entlang. Voraussichtlich wird sie nunmehr etwas ostwärts rücken, so daß abnehmende Bewölkung bei schwachen umlaufenden Winden eintreten wird. Ausblick für den 19. und 20. Mai: Voraussichtlich schwachwindig, vielfach heiter, wärmer.

Ausnachrichten vom Tage

Berlin, 18. Mai. In der pr. Gesetzesammlung vom 17. Mai 1933 wurde das vom pr. Staatsministerium beschlossene bürgerliche Erbhofrecht veröffentlicht.

Paris, 18. Mai. * Die Rede des Reichskanzlers hat in Frankreich sehr starken Eindruck hinterlassen. In Ermangelung von Angriffspunkten versucht die Pariser Presse die Ausführungen teilweise als „leere Phrasen“ hinzustellen und meint, man müsse Deutschland nach seinen Taten beurteilen.

London, 18. Mai. * Auch in England war der Eindruck der Hitler-Rede sehr stark. Die Presse verurteilt die Ansichten der Abrüstungsverhandlungen wieder optimistisch, jedoch wartet man auf die praktischen Beweise für die Ankündigung Hitlers.

Rom, 18. Mai. In den bisher vorliegenden italienischen Pressestimmen findet die Kanzlerrede Anerkennung und freundliche Zustimmung.

Milwaukee, 18. Mai. In dem von den Farmern in Wisconsin ausgerufenen Milchstreik kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Nationalgardisten und Farmern. Über 100 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Kentraler Sprengstoff

Bünde, Ennigloh und Umgebung hat, wie es scheint, für die Eisenbahn weniger Bedeutung wie bisher. Es gibt seit Einführung des Sommerfahrplans am 15. 5. keine Möglichkeit mehr, von den spät verkehrenden Zügen der Hauptstrecke nach Bünde zu gelangen. Warum läßt die Eisenbahn diese wichtige Verbindung fallen? Will sie dem Postomnibus Platz machen, das dieser die Reisenden abends von Herford oder Bünde nach Bünde bringt? Sonntags verkehrt ja schon ein Wagen auf der Strecke Herford-Bünde. Leider fährt derselbe kurz vor Eintreffen des Zuges von Bielefeld kommend schon ab. Hoffentlich nutzt die Post diese Gelegenheit aus, und läßt den Wagen im Anschluß an diesen Zug um etwa 8 Minuten später fahren.

Es würde sich ganz bestimmt lohnen, denn bisher kamen gerade mit diesem Zug von Bielefeld soviele Reisende, das drei Omnibusse zur Beförderung notwendig wären.

Wenn sich die Eisenbahn nicht selbst Konkurrenz machen will, dann ist es an der Zeit, daß der alte Anschlußzug wieder verkehrt, und das würden wir schon wegen der Billigkeit begrüßen.

Einer für viele!

Osnabrücker Kuh- und Zuchtviehmarkt.

Osnabrück, 17. Mai. Ausruf: Rindvieh 172, Pferde 77, Schweine 874. Preise: Rindvieh: a) Kühe in Milch und tragende Kühe: a) 280-320; b) 240-280; c) 210-240; d) 180-210; e) tragende Rinder: a) 250 bis 290; b) 220-250; c) 190-220; d) 150-190. Pferde: a) 400-500; b) 300-400; c) 180 bis 250; d) 140-200. Schweine: 6-8 Wochen alte 14-18; 8-12 Wochen alte 18-21; Läuferferkel 21-23 RM. Pfund Lebendgewicht 55-68 Pfg. Handel mit Rindvieh: gute Kühe gesucht, sonst mittel, mit Pferden: langsam, mit Schweinen: gut. Nächster Markt am 24. Mai 1933.

50 Jahre Anshotel Schledehausen

Aus Anlaß des Jubiläums am Sonntag, den 21. Mai, ab 4 Uhr

Großes Reichswehrkonzert

der gesamten Kapelle Inf.-Reg. 18 Osnabrück, unter persönlicher Leitung von Herrn Obermusikmeister Koch.

Anschließend Tanz.

Bluterneuerung

jetzt im Frühjahr mit Traubensaft 1,80 M. Apfelsaft 0,85 M.

naturrein, erstkl. empfiehlt

Reformhaus Diestelhorst

Kaufe

am Freitag, den 19. Mai 1933 im

Gasthof Aug. Niemann, Klinkstr.

Alte Zahngebisse, Brücken

Kronen, Altgold und Silber

Für altes Silbergeld zahle mehr

als Reichsbank. Kaufzeit 10-4 Uhr

Nicht



sondern

ständig müssen Sie inserieren!

Denn je öfter Ihre Anzeige erscheint, desto bekannter werden Sie und desto umfangreicher Ihre Kundschaft.

Annoncieren Sie deshalb im Bänder Generalanzeiger

Bänder Zeitung

Zwangs-

Versteigerung

Am Freitag, den 19. ds. Mts., 16 Uhr ver-

steigere ich im Hofe des

Kohlenhändlers H. Kröger,

Strohweg folgende Gegen-

stände meistbietend gegen

bare Zahlung:

Verf. Sorten Weine

1 kl. Bücherschrank

1 Damenfahrrad

mit Licht

1 Hutweiser

Herren-Oberhemden

1 Dauerbrenner

1 Büfett

2 Schweine

1 Ackerwagen

1 Kuh

1 Klavier

1 Eichenstamm

versch. Herren- und

Damenstühle

1 Ballen Läuferstoff

12 Hühner

1 Motorrad

1 Küchenschrank

2 Nordseffel

u. dergl. mehr

Böckemeier

Obergerichtsnotar

Bünde

Vollständiges Gebiß

28 Zähne schon für RM. 100.—

mit voller Garantie.

W. E. Barsch, Dentist

Telefon 6663

Osnabrück

Krahnstraße

(A. Bg. b. Schlachterm. Barfüßer)

Rohtabake

in kleinen Mengen

hat preiswert abzugeben

J. W. Schröder

Bünde, Wasserstraße 30

Telefon 222

Ein Führerstab für Reichsbahnfragen

Generalanzeiger

Hitlers große Reichstags-Rede

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt)

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben, erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht. Wenn seitens Frankreichs immer wieder die These aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben: Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles des Kellogg-Paktes, des Schiedsgerichtsvertrages usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden könnten? (Sehr wichtig!)

2. Welche Sicherungen hat dem gegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an in Dienst befindlichen Flugzeugen 3046 (Hört, hört), Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670.

(Erneutes Hört, hört.) Dazu kommen unermessliche Mengen an Reserveflugzeugen, Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen, sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen. (Hört, hört!)

Darum hat nicht Deutschland mehr Berechtigung demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit Sicherheit zu verlangen? (Stürmischer Beifall.)

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind und dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das Gleiche tun würden. (Lebhafter Beifall.)

Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindestens auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen wird, ohne die Zustimmung einer zumindestens qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland muß fordern, daß eine Umwandlung der heutigen von Deutschland nicht gewollten, sondern uns erst vom Ausland auferlegten Wehreinrichtung zum Zug erfolgt, im Maße der technischen Abrüstung der anderen Staaten. Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen. In der Erwartung, daß nach dieser Zeit,

die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines Zeitraums die gerüsteten Nationen ihrerseits diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Grenzen schützen zu können.

Nach einem Ausspruch des französischen Kriegsministers vom Februar 1932 kann ein großer Teil der farbigen französischen Streitkräfte sofort auf dem französischen Festland verwendet werden. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimaufrekräften. Es entspricht deshalb nur der Gerechtigkeit, die farbigen Streitkräfte auch bei der Abrüstungskonferenz als Bestandteil des französischen Heeres zu berücksichtigen. Während man dies ablehnt, will man bei der deutschen Heeresstärke Verbände und Organisationen berücksichtigen, die nur volkserzieherischen und sportlichen Zwecken dienen und überhaupt keine militärische Ausbildung genießen. In den anderen Ländern sollen diese Verbände aber überhaupt für die Heeresstärke nicht in Frage kommen. Das ist natürlich ein ganz unmögliches Verfahren.

Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten die betreffenden Verbände dieser Kontrolle mit zu unterstellen, um ihren vollständig unpolitischen Charakter eindeutig vor der ganzen Welt zu beweisen. (Lebhaftes Bravo.)

Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet. Diese Forderungen be-

deuten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten.

Ich begrüße noch einmal namens der deutschen Regierung den weit ausschauenden und wichtigen Rat des italienischen Staatschefs durch einen besonderen Pakt ein enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte England, Frankreich, Italien und Deutschland herzustellen. Der Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren, dauernden Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelts verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Danke.

Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. (Lebhafter Beifall.) Sie ist bereit, sich an diesem Werk der in Ordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: Den Frieden der Welt zu sichern! (Lebhafter Beifall und anhaltendes Händeklatschen.)

Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht. Weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgas. Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist daher die

deutsche (lebhafter Zustimmung), der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschneidete und auch die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte. Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern es denkt nur an seine Sicherheit. Deutschland würde die in dem Vorschlag des Präsidenten Hoover angedeutete Möglichkeit begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Beruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. (Beifall.)

Wir aber haben keinen fehnlicheren Wunsch, als dazu beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des Versailler Vertrages endgültig geheilt werden. Deutschland will keinen anderen Weg dabei gehen, als den der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt ist. Die deutsche Regierung wünscht sich über alle schwierigen Fragen mit den anderen Nationen friedlich auseinanderzusetzen. Es weiß, daß jede militärische Aktion in Europa, auch bei deren völligem Gelingen, gemessen an den Opfern in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. (Stürmischer, langanhaltender Beifall im Hause und auf den Tribünen.) Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral verewaltigt. Aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte. (Erneuter Beifall.)



Anfahrt zur Reichstags-Sitzung.

Von links: der Kronprinz, Reichskanzler Adolf Hitler und Ministerpräsident Reichstagspräsident Göring werden bei ihrer Ankunft vor der Kroll-Oper von der begeisterten Menge begrüßt.

Onkel Otto

Ein lustiger Roman von Adolf Augustin.
Herberichs Verlag für die deutsche Ausgabe: Drei Quellen-Verlag, Königsbrunn Sa.

58) Peter Benz sitzt trübselig in der Gaststube. Auch er hat heute die Stube voller Gäste, seine Zimmer sind sämtlich belegt. Das Geschäft geht, aber er hat keinen Trieb, sich zu betätigen, und überläßt alles dem Sohne, der heute rascher denn je bedient.

Da kommt Onkel Otto und setzt sich zu ihm.

„Wo kommst du her, Otto?“

„Von Brüben! Ich habe mit Digi gesprochen, und auch Frank habe ich gesprochen. Er läßt dich grüßen!“

Peter macht ein finsternes Gesicht. „Du kommst von dem Frank, wie er jetzt ist, den Gruß gern annehmen. Ein ganz anderer ist das jetzt, gewandelt hat er sich. Er verurteilt ehrlich, daß man so schroff gegen dich vorgeht. Er leidet selber darunter. Ist ein armer Teufel!“

„Mit der Frau... kein Wunder. Die ist dreimal der Satan. Na, bald wird sie strahlen. Tochter verlobt sich mit dem Grafen. Im Herbst... in 8 Wochen soll Hochzeit sein.“

Onkel steht vor sich hin. Ihm will's noch nicht in den Kopf.

„Noch ist nicht aller Tage Abend!“

Am nächsten Tage.

Polizeirat Horst holt sich Geld vom Postamt.

Er ist sehr überwiegenes Gesicht. Oberinspektor Altenhofen begleitet ihn.

Der Postbeamte läßt das Geld auf. Alten-

hofen sagt scherzend: „Wollen doch mal genau nachschauen, daß kein falscher Schein drunter ist.“

„Bitte, Herr Kollege!“ lacht der Polizeirat und schiebt ihm die Scheine zu.

Altenhofen betrachtet sie, stutzt und legt drei Scheine... einen Hunderter und zwei Zwanziger heraus.

„Die sind falsch!“

„Nicht möglich!“ sagt Horst erregt. Altenhofen zeigt ihm die kleinen Abweichungen.

Sie verlangen den Leiter des Amtes zu sprechen, werden zu dem Inspektor, der der Post vorsteht, geführt und setzen ihm auseinander, um was es sich handelt.

Der Postinspektor läßt den Schalterbeamten rufen und fragt ihn, woher die Scheine kommen.

Der Beamte weiß sich nicht genau zu entscheiden.

„Sie sind ganz bestimmt heute mit eingezahlt worden, aber von wem, weiß ich natürlich nicht. Wir hatten bis jetzt über 30 Postanweisungen. Es ist der Erste gewesen, da sind immer viele Zahlungen.“

„Darf ich den Geldebestand einer Prüfung unterziehen?“ fragt Altenhofen. Er weiß, er kann es, aber er fragt immer um Erlaubnis, das macht sich gut.

Die Kontrolle ergibt insgesamt elf falsche Scheine. Der Postdirektor ist außer sich. Altenhofen erklärt den Beamten die Merkmale der Fälschungen, und die Beamten versprechen, genau aufzupassen.

„Wahrscheinlich werden wir für die nächste Zeit einen Beamten hierher beordern, der persönlich die Scheine prüft und gegebenenfalls Feststellungen macht“, sagt der Polizeirat, und dann gehen sie.

Unterwegs fragt der Polizeirat seinen Kollegen: „Was denken Sie über den Fall?“

„Ich habe mir so meine Gedanken gemacht. Der Fälscher sitzt in Berlin, und die vielen aus Berlin hier einströmenden Weekender sind's, die hin und wieder falsche Scheine mitbringen.“

„Das leuchtet mir ein. Immerhin müßte man feststellen, wer sie verausgabt, woher sie diese Scheine haben, vielleicht kristallisiert sich dann eine bestimmte Persönlichkeit heraus.“

„So müssen wir vorgehen. In der morgigen Tagung werde ich dem Kongreß Bericht erstatten, und wir können gleich praktisch demonstrieren, wie man den Fall aufzieht und zwar hier am Platz.“

„Sehr richtig, Herr Kollege!“

Für den Kongreß sind die Ausführungen des Kollegen Altenhofen eine kleine Sensation, und man billigt seine Ausführungen.

Polizeirat Horst aus Berlin erwirkt durchs Telefon, daß von den Berliner Kriminalbeamten im Anschluß an den Kongreß sechs Mann in Rullnau eingesetzt werden.

Ein Mann wird der Post, einer der Stadtbank zugeteilt. Die anderen vier gestreuen sich über die ganze Stadt und kümmern sich um die Kurgäste.

Der Vorsitzende spricht mit dem Grafen Ugo, der selbstverständlich jede Unterstützung zusagt, im übrigen aber um ganz diskrete Behandlung der Sache bittet. Das wird ihm auch zugesagt.

Die Verlobung ist um drei Tage verschoben worden. Digi hat sich nicht wohlgefühlt.

Einer der Kriminalbeamten hat sich mit dem Wachtmeister Oskar Payer in Verbindung gesetzt und sich dem biedereren Sachsen anvertraut. Payer

hat ihm seine Beobachtungen mitgeteilt. Viel war ja nicht damit anzufangen.

Oskar läuft von dem Augenblick ganz wichtig herum.

Er ist am nächsten Tage wieder im „Döfchen“ und spricht dort mit Onkel Otto, der durch ihn von den falschen Scheinen erfährt und daß man die Kurgäste einer besonderen Kontrolle unterziehe.

Onkel Otto ist sehr nachdenklich geworden.

„Also... nimmt man an, daß die falschen Scheine aus Berlin eingeschleppt werden?“

„Natürlich, der Rat meints. Wird wohl auch stimmen“, was, alter Herr?“

„Möglich ist es! Es kommen ja so viel Leute hierher!“

Am nächsten Morgen kommt Peter Benz zu Otto.

„Otto, du hast mir einmal dein Geld angeboten.“

„Ja, kannst es haben, Peter!“

„Ich habe die Kostenrechnung gekriegt. 11 000 Mark soll ich zahlen. Ich... mag nicht zur Stadt gehen, um zu verlangen, daß mir jetzt die Summe von 40 000 Mark ausbezahlt wird. Willst du mir auf ein paar Wochen 12 000 Mark geben?“

„Jeder Zeit!“

„Schönen Dank, Otto. Vielleicht nimmst du sie gleich auf der Post ein. Rudi schreibt eine Zahlkarte aus. Es geht an den verfluchten Rechtsverdiener in Berlin.“

„Ist gut, Peter. Ich gebe nachher soviel in die Stadt und da nehme ich sie gleich mit.“

„Schönen Dank, Otto!“

(Fortsetzung folgt.)

Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung die Erfüllung der Verträge verlangen. (Zustimmung.) Ein solcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Außerkräftigung der Verträge selbst führen. (Erneute Zustimmung.) Deutschland würde aber auch in dem Fall seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, daß ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, ginge zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zu leide tut, mit solchen Mitteln kämpfen. (Beifall.) Jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen.

Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufzutragen zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig mögliche Konsequenz zu ziehen! (Erneuter starker Beifall.) Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerverbund anzugehören.

(Stärkster Beifall.) Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sehen die Krise der heutigen Zeit. Jahrelang ist von Deutschland aus vor den Methoden gewarnt worden, die zu diesen politischen und wirtschaftlichen Ergebnissen führen mußten.

Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Nach scheinbaren politischen Erfolgen einzelner Nationen werde umso schwerere wirtschaftliche und damit politische Katastrophen für alle die Folge sein. Sie zu vermeiden sehen wir als erste und oberste Aufgabe an. Bisher ist wirkliches dagegen nicht unternommen worden. Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen und Auswirkungen dieser „Sympathien“ in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennengelernt. (Sehr gut.) Seit dem Friedensvertrag von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend erfahren, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert, und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Jammer, dessen ganzer Umfang und ganze Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedensvertrag der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich, so tief der Kanzler mit Nachdruck aus, in unserem deutschen Volk — fast nur aus Not und Elend — 224 900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen: Männer und Frauen, Greise und Kinder!

(Lebhaftes Hört, Hört im Hause.) Diese unbefriedigten Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Heil und Segen versprochen haben. Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen abzuschließen, um den Weg zu finden, zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Nachdem der Kanzler geendet hatte, erhoben sich die Mitglieder der Nationalsozialistischen Fraktion von ihren Plätzen und bringen immer wieder stürmische Beifälle auf den Kanzler aus.

Einstimmige Annahme

Darauf wird folgender Antrag, der von den Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayer. Volkspartei eingebracht wurde, einstimmig angenommen:

Der deutsche Reichstag, als die Vertretung des deutschen Volkes, billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung. (Stürmischer Beifall.)

Auch die Sozialdemokraten stimmten für den Antrag. Die nationalsozialistische Fraktion stimmte dann das Deutschlandlied an, daß von allen Fraktionen und von allen in dem überfüllten Saale Anwesenden begeistert mitgesungen wird.

Nur die notwendigen Steuern!

Aber sie pünktlich zahlen

Berlin, 16. Mai. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die Tatsache, daß immer wieder über schuldhaft säumige Steuerzahlung geklagt wird, und auf der anderen Seite an die Zentralbehörden zahllose Gesuche gerichtet werden, um steuerliche Erleichterungen im Einzelfalle oder auch allgemeine Maßnahmen zu erreichen, hat den preussischen Finanzminister und den preussischen Minister des Innern zu folgender Erklärung veranlaßt:

In den vergangenen 14 Jahren sind der deutschen Wirtschaft Steuern auferlegt worden, die den Wiederaufstieg der Wirtschaft zu hemmen geeignet waren und deren Aufkommen oft ungewöhnlich und nicht mit der gebotenen Sparlichkeit verwendet worden ist. Wie die Maßnahmen der letzten Wochen zeigen, sind die preussische Staatsregierung und alle im Sinne der nationalen Erhebung arbeitenden staatlichen und kommunalen Behörden bestrebt, dem Staatsbürger das Gefühl dafür wiederzugeben, daß von ihm auch in finanzieller Hinsicht nur das

gefordert wird, was im Interesse von Volk und Nation unbedingt gefordert werden muß.

Die preussische Staatsregierung ist bei ihren bisherigen Maßnahmen bewußt darauf ausgegangen, der Wirtschaft steuerliche Erleichterungen zu bringen. Umfassende Maßnahmen, die in erster Linie auf Arbeitsbeschaffung und damit auf eine Senkung der Ausgaben für die Unterhaltung der Arbeitslosen gerichtet sind, sind in Vorbereitung und sollen eine weitere Entlastung der Wirtschaft bringen.

Andererseits muß aber verlangt werden, daß der einzelne Steuerzahler in Zukunft seinen Verpflichtungen gegenüber Staat und Gemeinden pünktlich nachkommt, soweit dies nur irgend in seinen Kräften steht. Die preussische Staatsregierung ruft daher jeden einzelnen Staatsbürger auf, auch in dieser Hinsicht die nur für Volk und Nation arbeitende Regierung der nationalen Erhebung zu unterstützen.

Im Anschluß erklärte Reichstagspräsident Göring, er habe dem, was sich im Reichstage soeben ereignete, nichts mehr hinzuzufügen. „Die Welt“, so rief der Reichstagspräsident, „hat gesehen, daß das deutsche Volk einig ist, wenn es sein Schicksal gilt.“ Der Präsident schließt damit die Reichstagsitzung. Die Nationalsozialisten sangen noch das Horst-Wessel-Lied, ehe sie den Sitzungssaal verließen.

Unter Eindruck der Kanzler-Rede in Amerika.

New York, 17. Mai. Die Beamten des Staatsdepartements Washington haben am Radio die Rede des deutschen Kanzlers mit großer Spannung angehört. Die Übertragung der Rede nach Amerika war eine sehr gute. Von Dolmetschern wurde die Fillerrede für die nicht deutschsprechenden Beamten sofort überetzt. Der erste Eindruck, den Amerika empfangen hat, war wegen der persönlichen Tonart und der Annahme des Rooseveltvorschlages ein guter.

„Ordnung und Arbeit!“

Berlin, 16. Mai. Unter der Überschrift „Ordnung und Arbeit“ schreibt der preussische Pressedienst der NSDAP. u. a.: Gemäß dem eindeutigen Willen von Reichs- und Parteiführung kann es nicht Aufgabe irgendwelcher Bünde und Vereinigungen sein, die auf dem Boden der nationalsozialistischen Revolution stehen, eigenmächtige Aktionen unternehmen, Kommissare einzusetzen usw. Nun, da kräftig gefestigt wird, muß man darauf achten, daß man die Ziele nicht mit wegwagt, oder den Besen auf der Tenne in Trümmer zerlegt. Insbesondere muß fern irgendwelchem revolutionären Ueberstolz, fern schönen Redensarten über den Schmutzfall von gestern, den wir jetzt gesäubert und in Besitz halten, die positive Arbeit all der Stellen beginnen, die mit der Partei in gleicher Front marschieren. Es genügt nicht, daß die Vorstehenden aller möglichen Kampfbünde alle zwei Tage gewaltige Kundgebungen für die gefährdeten Hühnerzüchter, für die bestellte deutsche Kultur und ähnliche Dinge abhalten, mit Reden und Gesängen und Geheulen. Jetzt ist die Zeit der produktiven Arbeit da und jetzt wird sich auch in unseren engen Kreisen die Spreu von dem Weizen sondern. Jetzt zeigt sich, wer Schwächer und wer Fachmann ist! Wer sich Namen machen will und wer sachliche Qualitätsarbeit leisten kann!

Noch kein Einziehungstermin für die Arbeitsdienstpflichtigen.

Berlin, 16. Mai. Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes teilt mit: In der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß nunmehr der 1. Januar 1934 als Einziehungstermin für die ersten Arbeitsdienstpflichtigen festgelegt sei und daß der Jahrgang 1915 eingezogen werde. Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes erklärt demgegenüber, daß noch nicht endgültig feststeht, welcher Jahrgang einberufen wird; auch ist der genaue Einberufungstermin noch nicht festgelegt. Der 1. Januar 1934 ist es keinesfalls.

Die gestrige Meldung über die Einziehung des Jahrgangs 1915 zur Arbeitsdienstpflichtigkeit am 1. Januar 1934 war der Zeitgeist „Deutscher Arbeitsdienst“ entnommen, in der auch die amtlichen Verordnungen des Reichskommissars für Arbeitsdienst veröffentlicht werden. Von unabhängiger Stelle wird im übrigen darauf hingewiesen, daß der Termin der Einziehung zwar noch nicht endgültig feststeht, wohl aber um den 1. Januar herum liegen wird. Darüber, welcher Jahrgang zuerst eingezogen werden soll, entscheidet der Reichskanzler best. das Reichskabinett, dem allerdings vom Reichskommissariat Vorschläge unterbreitet werden.

Kuft gegen jeden Geisteszwang

Beschwerde des Deutschnationalen Lehrerbundes über NS-Lehrerbund.

Die Vorstandsmitglieder des Deutschnationalen Lehrerbundes berichteten dem Kultusminister Kuft über die Lage in der Lehrerschaft, wie sie sich aus dem Vorgehen des Nationalsozialistischen Lehrerbundes ergeben hat. Durch schriftliche und mündliche Bedrohungen sind viele Lehrer veranlaßt worden, trotz ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Front und zum Deutschnationalen Lehrerbund aus Furcht vor wirtschaftlichen und beruflichen Schädigungen dem Nationalsozialistischen Lehrerbund beizutreten. Der Minister erklärte, er werde jeden Terror, gleichgültig, von welcher Seite er komme, der den einzelnen durch gesellschaftliche oder berufliche Bedrohung zu irgendeiner Mitgliedschaft eines Verbandes zwingen will, unter keinen Umständen dulden.

Preisbildung und Kaufkraft

Erst Mengenkonjunktur, dann Preiskonjunktur.

Berlin, 16. Mai. Der Reichskommissar für Preisüberwachung und der Reichskommissar für Wirtschaft geben bekannt: Solange die der deutschen Volksgemeinschaft zur Verfügung stehende Kaufkraft keine Steigerung aufweist, muß sich notwendigerweise jede Preissteigerung auf einem einzelnen Gebiet des täglichen Bedarfs in einer Verknappung der Mittel auswirken, die zur Befriedigung der übrigen lebenswichtigen Bedürfnisse zur Verfügung stehen. Der Weg zur Besserung der Wirtschaftslage kann daher auf dem Gebiet der lebenswichtigen Gegenstände und Leistungen des täglichen Bedarfs nicht mit einer Preiskonjunktur, sondern muß mit einer Mengenkonjunktur beginnen. Nur die Mengenkonjunktur schafft die Voraussetzung und die Möglichkeit zum Anstieg der heute brachliegenden Arbeitskräfte und damit zur allmählichen Steigerung der Kaufkraft der Volksgemeinschaft. Erst hiernach kann eine Preiskonjunktur geschaffen werden. Eine vorweggenommene etwa durch wirtschaftliche oder politische Machtstellung künstlich erz-

Neuordnung der Vieh- und Schlachthofgebühren

Wohl auf keinem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung fällt der Preisunterschied, der zwischen dem Erzeugerpreis und dem Preis den der letzte Konsument beim Ladenfleischer bezahlt, so sehr ins Gewicht, wie gerade beim Schlachtwieh.

Von wesentlicher Bedeutung für dieses verhängnisvolle Mißverhältnis war bisher die fiskalische Belastung der Viehwirtschaft, wobei außer der erhöhten Umsatzsteuer von 2 Prozent und der neu eingeführten Schlachsteuer besonders auch die Gebühren öffentlicher Körperschaften auf den Vieh- und Schlachthöfen ins Gewicht fielen.

Die Einnahmen aus diesen Gebühren dienten bisher bei vielen Gemeinden nicht nur zur Deckung der eigentlichen Unkosten, sondern auch in ganz erheblichem Umfang dem allgemeinen Finanzbedarf der betreffenden Gemeinde, da sie bisher völlig freie Hand hatte in der Festlegung der Gebührensätze, die für die einzelnen Leistungen in der Reihe von Transport-, Schlachtungs-, Bearbeitungs-, Untersuchungs- und Konservierungsvorgängen erhoben wurden.

Mit diesem unhaltbaren Zustande räumt das kürzlich erlassene neue Reichsgesetz über die Neuordnung der Gebühren auf den Vieh-

und Schlachthöfen auf. Grundsätzlich sollen von jetzt ab die in einer Gesamtabgabe erhobenen Einzelgebühren nur noch dazu dienen, die Kosten zur Unterhaltung der Vieh- und Schlachthöfe und die wirklichen Unkosten der Untersuchungen zu decken. Die Neuordnung der Gebühren soll alljährlich bei der Neuauflage des Haushaltsplanes der betr. Gemeindeverwaltung durch paritätisch zusammengesetzte Ausschüsse erfolgen, in denen die Landwirtschaft, das Fleischerhandwerk und die Viehhändler gleichmäßig vertreten sind. Bei denjenigen Tieren, die unter Umgehung des Tiermarktes unmittelbar dem Schlachthof zugeführt werden, wird ein Ausgleichszuschlag eingeführt in Höhe von mindestens der Doppelteinschlaggebühr. Ferner ist der schon in Preußen für den Handel für Vieh und Fleisch bestehende Schlachteinzwang auf das ganze Reich ausgedehnt worden.

Orgeln auf Kosten der Bauern

Die Mißstände bei der Westfälischen Zentralgenossenschaft.

Münster, 16. Mai. In den nächsten Tagen dürfte das Ergebnis der inzwischen beendeten Tätigkeit des Untersuchungsausschusses bei der Westfälischen Zentralgenossenschaft der Öffentlichkeit übergeben werden. In einem Vorbericht hält es der Untersuchungsausschuß aber für unbedingt erforderlich, schon jetzt etwas über die Geschäftsführung der Zentralgenossenschaft an sich mitzuteilen. Dem Generaldirektor sei der Sinn des Genossenschaftsgedankens überhaupt nicht bekannt gewesen, da er, statt Sachverständiger im Sinne der Genossenschaft zu sein und die Interessen der Genossen wahrzunehmen, es vielmehr zugelassen habe, daß das Bauernum an allen Ecken und Enden ausgenutzt wurde. Man habe Orgeln gefeiert, während draußen auf dem Lande der westfälische Bauer das letzte Schweiß, den Schergen der liberalistischen Nachfolger ausstehenden mußte. Vor allem werden angeklagt der Vorsitzende des Vorstandes, der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei Bornfeld-Ettmann aus Wadersloh, dem die Genossenschaft für 3000 Mark einen päpstlichen Erben kaufte, der frühere Badener Landrat Kemmer von Fenneberg, Landwirtschaftsrat Schmidt aus Bippstadt und Landesökonomierat Prof. Dr. Gerland. Eine Anzahl von Reichstagsabgeordneten des Zentrums und der Staatspartei soll, so schreibt der Untersuchungsausschuß, nicht vergessen werden. Sie haben auf Kosten der Westfälischen Zentralgenossenschaft an einem Abend unter Einwirkung des Vorstandes und einiger Prominenten am 6. September 1929 in einem unbekannten Münsterschen Weinrestaurant eine Besprechung von 1011,70 RM. gemacht, die Diners, Wein, Sekt, Mokka, Zigaretten usw. aufwies. Zur gleichen Zeit wußten die westfälischen Bauern nicht, wie sie das Brot für die nächste Aussaat bezahlen sollten.

Nationalsozialistischer Kreisleiter in Oesterreich verhaftet.

Wien, 17. Mai. In Neusiedl am See (Burgenland) wurde der Kreisleiter der NSDAP, Ingenieur Silbernagel, verhaftet. Die Verhaftung erfolgte, wie eine Korrespondenz meldet, weil die Gendarmerie angeblich bei einem SA-Mann, der wegen eines Zusammenstoßes mit Heimwehrleuten verhaftet worden war, einen Befehl gefunden haben soll, in dem Befehlen für Demonstrationen gegen die Starhembergische Heimwehr enthalten seien.

und Schlachthöfen auf. Grundsätzlich sollen von jetzt ab die in einer Gesamtabgabe erhobenen Einzelgebühren nur noch dazu dienen, die Kosten zur Unterhaltung der Vieh- und Schlachthöfe und die wirklichen Unkosten der Untersuchungen zu decken. Die Neuordnung der Gebühren soll alljährlich bei der Neuauflage des Haushaltsplanes der betr. Gemeindeverwaltung durch paritätisch zusammengesetzte Ausschüsse erfolgen, in denen die Landwirtschaft, das Fleischerhandwerk und die Viehhändler gleichmäßig vertreten sind.

Bei denjenigen Tieren, die unter Umgehung des Tiermarktes unmittelbar dem Schlachthof zugeführt werden, wird ein Ausgleichszuschlag eingeführt in Höhe von mindestens der Doppelteinschlaggebühr.

Ferner ist der schon in Preußen für den Handel für Vieh und Fleisch bestehende Schlachteinzwang auf das ganze Reich ausgedehnt worden.

Da mit der Neuordnung der Vieh- und Schlachthofgebühren ein Viertel bis ein Drittel der heutigen fiskalischen Belastung der Viehwirtschaft erfaßt ist, hegen wir die Hoffnung, daß sich auch dies neue Gesetz in einer Preishebung für Lebensmittel zu Gunsten der Landwirtschaft auswirken wird.